

Zwischen Karfreitag und Ostern

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

die Börsen feiern das Ende der Pandemie und die Auferstehung der Wirtschaft. Sie blicken dabei hoffnungsvoll auf eine Zukunft, die aus gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Sicht unsicher bleibt. Wohlhabende Gesellschaften haben Dank erstklassiger Finanzierungsbedingungen die Möglichkeit, Beschäftigungspolitik mit dem Ziel der sozialen Absicherung zu verfolgen. Diese Krise erfordert mutige politische und vor allem finanzielle Entscheidungen. Die Größe und die Wucht der Maßnahmen überzeugt die Finanzmärkte, die scheinbar nahtlos vom Modus der Panik in den des Übermutes gewechselt sind. Die Börsen leben im festen Glauben, dass die Zinsen niedrig bleiben und der Anstieg der Inflation nur ein vorübergehendes Phänomen sein wird. Sie leben damit in der besten aller Welten. Doch wie lange kann dieser Glaube aufrecht erhalten werden?

Es gibt zahlreiche Wetterleuchten am Horizont, über die ich auch berichte. Manche erinnern an den Beginn der Finanzkrise 2007.

Die echten Bewährungsproben stehen wohl noch an. Die Abschreibungen auf Forderungen durch Insolvenzen werden insbesondere Bankbilanzen belasten. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Banken sich gewissenhaft darauf vorbereitet haben. Auch dies ist Gegenstand meiner Analyse. Meiner Meinung nach sind die Solvenzprobleme der Banken eine größere Gefahr, als die oft in der Presse angeführte Inflation.

Bis zur Finanzkrise lagen die Aufgaben der Notenbanken darin, Inflation zu verhindern. Nun versuchen sie schon seit Jahren erfolglos, Inflation zu erzeugen. Sie müssen sich dabei den Vorwurf gefallen lassen, zu einer Inflation von Vermögenspreisen beigetragen zu haben, die soziale Probleme mit sich bringen. Eine echte Inflation erlebt

die Türkei. Ich versuche, die Unterschiede deutlich zu machen.

Mir scheint, dass das von Kanzlerin Merkel angestrebte Ziel, "den Euro als wichtige Weltwährung zu platzieren, ohne sich dabei zu verheben" ein realistisches ist.

Wie geht es in Amerika weiter? Die Rolle des Staates scheint sich gerade im liberalen Amerika angesichts der Covid-19-Krise dramatisch zu verändern. Mit riesigen Konjunktur- und Sozialpaketen will man die Grundlage für neue Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft legen.

Asien rüstet unter der Führung von China wirtschaftlich weiter auf und versucht dabei, sich weiter vom Westen zu distanzieren, und wirtschaftlichen Erfolg durch autokratische Strukturen abzusichern.

Der Umbau zu einer klimaneutralen Wirtschaft kostet viel Geld. Ist Geld wirklich das Problem? Ich erinnere daran, dass für die Apollo-Mission zum Mond in den 60er Jahren erhebliche finanzielle Mittel aufgebracht wurden.

Mit einem interessanten Rückblick auf die Entwicklung des Goldpreises über die vergangenen 10 Jahre beschließe ich meine Analysen.

Seid dem Beginn der Covid-19 Pandemie konnten die Kapitalmärkte positiv überraschen. Mit Blick auf die durchweg guten Leistungen der Fonds aus dem Referenzportfolio, wächst auch wieder das Vertrauen, gerade in unsicheren Zeiten, das Management des Kapitals in erfahrene Hände zu legen. Das ist aus meiner Sicht die beste und empfehlenswerte Kapitalschutzmaßnahme.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Ihr



Covid-19

Covid-19 bleibt gefährlich. Im Dezember und Januar starben in Deutschland 20-30% mehr Menschen als im langjährigen Durchschnitt. Das Virus – und insbesondere die neuen Mutationsformen – ist sehr

ansteckend. In den Altenheimen starben dank der Abstands- und Hygiene Regeln 2020 kaum noch Menschen an Novo- oder Grippeviren, aber dafür umso mehr an oder mit Covid-19.

Die neuen Impfstoffe bieten einen guten Schutz. Dennoch scheint es auf einen Wettlauf mit der Zeit und den neuen Mutationen hinauszulaufen. In der globalen Welt reichen jedoch keine nationalen Perspektiven. Die Impferfolge in USA, GB oder Israel sind vorläufig. 75% der Impfstoffe wurden bisher nur in zehn Ländern verabreicht. In 130 Ländern wurde noch nicht mit den Impfungen begonnen. Das Virus hat also weiterhin Gelegenheit, sich zu verbreiten. In Ländern wie Brasilien und Mexiko grassiert die Epidemie mit Tausenden von Toten pro Tag und bringt neue, aggressivere Mutationen hervor, die nun auch jüngere Menschen bedrohen. Von Entwarnung kann noch keine Rede sein. Der zur Zeit in der westlichen Welt einschließlich Europa vorherrschende Trend zu Lockerungen, könnte sich noch als voreilig erweisen. Insgesamt dürfte Covid-19 mit den nun schneller erfolgenden Impfungen und weiter bestehenden Präventionsmaßnahmen beherrschbar werden, sodass weitere Schritte zur Normalisierung des wirtschaftlichen Lebens vertretbar erscheinen.

Wirtschaft & Konjunktur

Die globale Wirtschaft scheint die Covid-19-Krise relativ gut verkraften zu können. Unternehmen sind flexibel und etliche Branchen erleben eine Sonderkonjunktur. Enorme staatliche Ausgabenprogramme für Infrastruktur, dem Ausbau erneuerbarer Energien und die Digitalisierung entfalten eine konjunkturell stabilisierende Wirkung. Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und auch Unternehmen aller Größenklassen werden großzügig unterstützt. Die Finanzierungsbedingungen sind gut und es herrscht kein Mangel an Geld. Die Notenbanken finanzieren einen Großteil der aufgenommenen Schulden. Das legendäre "Whatever it takes", das Bekenntnis der Europäischen Zentralbank (EZB) zur

Bewältigung der Euro-Krise 2014, gehört mittlerweile in Wort und Tat zum Standard-Programm der Notenbanken. Der IWF hat die Wachstumsprognose für die globale Wirtschaft für das 2. Corona-Jahr von 5 auf 6% erhöht.

Die Nachfrage aus China und Asien, die die Covid-19-Epidemie unter Kontrolle halten können, schieben die Weltwirtschaft an. Der Online-Handel, der globale Frachtverkehr boomen und die Kapazitäten auf Schiffen, in Flugzeugen, Bahn und LKW sind ausgeschöpft.

Nun legen die USA unter Joe Biden mehrere Konjunktur- und Sozialprogramme auf, die keine Wünsche offen lassen. Dies führt zu einer wachsenden Zuversicht an den Kapitalmärkten.

Trotz Covid-19 scheinen also die kurzfristigen Aussichten gut zu sein. Doch was kommt danach? Wie lange spielt die Musik? Wann kommt die Ernüchterung? Mit diesen Fragen wende ich mich den Finanzmärkten zu.

Finanzmärkte

“Eine Börsenaufschwung wird in der Panik geboren, wächst in der Angst, reift im Optimismus und stirbt in der Euphorie“, ist einer der bekanntesten Zitate des “Börsenaltmeisters” Andre Kostolany (1906 – 1999). Wo stehen wir aktuell in diesem Prozess? Mit Ausbruch verloren deutsche Aktien im Februar/März 2020 rund 39% ihres Wertes. Der Einbruch erfolgte in gerade mal 30 Tagen und danach ging es wieder aufwärts, als wäre nichts geschehen. In Amerika, dem Mutterland des Kapitalismus, wurden die alten Höchststände bereits Anfang September nach weniger als einem halben Jahr wieder erreicht.

Die bis heute weitreichenden und nicht an Dramatik verlierenden Folgen der Covid-19-Pandemie mit ihren zahlreichen Toten spielen kaum noch eine Rolle. Der wieder zurückgekehrte Optimismus an den Börsen wird durch konzertierte Aktionen von Regierungen und Notenbanken stetig befeuert. Angesichts der Schwere der Covid-19 Krise ist es auch notwendig, dass die beiden Akteure an einem Strang ziehen. Mit diesen konkreten und weitreichenden Absicherungen

wuchs die Hoffnung und der Glaube an die Kräfte des Aufschwunges, der stark und unerschütterlich wirkt. Weder das global grassierende Virus, das weiterhin für erhebliche gesellschaftliche und wirtschaftliche Einschränkungen sorgt, noch das Drama um die Anerkennung des US-Präsidentenwahlergebnisses, die Stürmung des Kapitols und ein zweites Impeachment des bereits abgewählten US-Präsidenten, das die Verantwortung Trumps bewies, aber ohne Folgen blieb, konnten die Zuversicht an den Börsen bremsen.

Es mehren sich die Anzeichen, das die Kapitalmärkte vom Zustand des Optimismus in die Phase der Euphorie übergegangen sind. Die Wertpapierkredite der US-Privatanleger und Neuemissionen erreichen in Amerika neue Rekorde. Millionen von Menschen haben weltweit neue Wertpapierdepots eingerichtet und befeuern, unterstützt durch soziale Medien, neue Blasen an den Finanzmärkten. Bei der US-Aktie Gamestop kommt es beispielsweise zu einem Kräfte messen zwischen einem Hedgefonds und Millionen von Privatanlegern, die sich über das Internet vernetzen. Dabei holen sich beide Seiten blutige Nasen.

Nun ging vor wenigen Tagen der US-Hedgefonds Archegos pleite. Die Erschütterungen erreichten unter anderem die schweizer Bank Credit Suisse, die schon bei der Pleite der australischen Greensill-Bank Verluste in Milliardenhöhe verbuchen musste. “Archegos ist kein Einzelfall”, heißt es in der Presse. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) musste für die deutsche Tochter der Greensill Bank in Bremen den Entschädigungsfall ausrufen. Privatanleger werden bis 100.000 Euro entschädigt, institutionelle Anleger, unter anderem Kommunen gehen leer aus. Insgesamt befinden sich 3.200 Millionen Euro auf den Konten der notleidenden Bank in Bremen.

Alle diese Begleiterscheinungen, wie auch die irrationalen Spekulationen um Tesla oder Bitcoins, mahnen zur Vorsicht und erinnern bisweilen an die Situation vor der Finanzkrise 2007. Auch hier gab es erste Pleiten, die man nicht als Spitze eines Eisberges erkannte.

Wir erleben aktuell einen nicht selbsttragenden, sondern einen subventionierten wirtschaftlichen Aufschwung. Die Konjunkturprogramme sind mächtig und entfalten eine langfristige Wirkung. Die Börsianer leben im festen Glauben, dass die Zinsen niedrig bleiben und der Anstieg der Inflation nur ein vorübergehendes Phänomen sein wird. Sie leben in der besten aller Welten. Ist dieser Glaube berechtigt?

Deutsche Aktien (DAX):

31.12.2020 **13.718,78 Punkte**
31.03.2021 **15.026,15 Punkte (+9,53%)**

Auch aus der deutschen Wirtschaft kommen widersprüchliche Signale. Getragen von Impfhoffnungen erhöhte das Deutsche Institut für Wirtschaft (DIW) im Januar die Wachstumsprognose von 3,5% auf 5,2%. Die Ernüchterung erfolgte aber bald. Aufgrund weiterer Lockdowns wurden die Erwartungen an das Wachstum wieder auf 3% herabgestuft.

Die großen Unternehmen scheinen besser durch die Krise zu kommen. Die Anzahl der Betriebe, die sich in Kurzarbeit befinden, erhöhte sich noch im Januar von 28% auf 31%. Die Wende ist also noch nicht geschafft, obwohl die Exporterwartungen der deutschen Industrie auf ein 10-Jahre-Hoch gestiegen sind. Fast 40% aller Fahrzeuge der deutschen Hersteller werden in China abgesetzt, wo wieder neue Absatzrekorde verzeichnet werden.

Die Aussetzung der Insolvenzpflicht für Unternehmen wurde bereits im letzten Herbst auf Ende April 2021 verlängert. Das führte dazu, dass im Rekord-Krisenjahr 2020 die Anzahl der Insolvenzen um 16% unter dem Vorjahr lag. Unter diesen Gesichtspunkten verwundert es, wie gering die Rückstellungen der Banken für zu erwartende Kreditausfälle in den 2020er Abschlüssen ausfallen. Sie liegen in einer niedrigen Bandbreite zwischen 1,23% und 0,06%. Die Bewährung steht somit noch aus.

Ein anderes Thema ist der Anlage-Notstand und die sich daraus ergebenden Gefahren für sicher geltende Anlagen. Das Geldvermögen der Bundesbürger wuchs im letzten Jahr um 393 Milliarden Euro auf 7.100 Milliarden Euro. Davon liegen circa 1.800 Milliarden (plus 184 Milliarden) auf Girokonten. Die Einführung von Verwahrentgelten, die in der Regel 0,50% p.a. betragen, erfolgte in der Zwischenzeit flächendeckend. Die eingeräumten Freibeträge werden immer geringer. Internetplattformen wie Weltsparen und Zinspilot, an denen auch Banken angeschlossen sind, vermitteln Einlagen unter der deutschen Einlagensicherungsgarantie von 100.000 Euro an verschiedene Institute. Unter anderem auch an die Greensill Bank in Bremen, deren australische Muttergesellschaft nun in Konkurs gegangen ist. Niederlassungen oder Tochtergesellschaften ausländischer Banken fallen in Deutschland unter die Einlagensicherung der deutschen Banken. Dieser Sicherungstopf wird jährlich mit 0,06% der Einlagen gespeist. Das ist eine sehr günstige Versicherungsprämie, was aber gleichzeitig bedeutet, dass die Einlagensicherung unterfinanziert ist. Man schätzt die Höhe der entschädigungspflichtigen Einlagen deutscher Privatanleger bei der Greensill Bank auf 1.000 Millionen Euro. Damit ist der private Einlagensicherungsfonds bereits ausgeschöpft. Es werden Zusatzbeiträge zu entrichten sein. Es ist absehbar, dass weitere Schadensfälle durch diese private Sicherungseinrichtung nicht aufgefangen werden können. Dies war schon bei der Pleite der deutschen Niederlassung von Lehman im Jahr 2008 der Fall, die durch Kredite vom Bund aufgefangen werden musste. Bei der isländischen Kaupthing Bank, die keine Niederlassung in Deutschland hatte, lagen 2008 weitere 300 Millionen Euro von 34.000 deutschen Anlegern im Feuer. Sie hatten das Glück, in Gesellschaft einer großen Anzahl britischer und niederländischer Sparer zu sein, so dass die EU die Rückzahlung der Gelder organisierte und finanzierte. Weshalb erzähle ich diese Beispiele? Ich will den Blick dafür schärfen, dass Sparguthaben nur durch staatliche Garantien solventer Regierungen gesichert werden können.



Die Notenbanken bereiten unter großen Anstrengungen die Einführungen digitaler Währungen vor. Sie sind dann durch die Notenbanken direkt garantiert. Ein digitaler Euro hat dann noch eine bessere Qualität als der Euro mit dem wir unseren täglichen Geschäfte abwickeln. Damit gäbe es eine letzte Sicherheit, die für die Stabilität eines Währungssystems notwendig ist.

Die heute gängigen digitalen Währungen wie Bitcoins sind ausschließlich private Währungen, die keine weiteren Sicherheiten bieten. Das Argument der Befürworter, dass diese im Gegensatz zu Euro und USD nicht beliebig vermehrbar und damit auch nicht ersetzbar sind, ist ein verfängliches. Es kann sie auch niemand ersetzen, wenn jemand in betrügerischer Absicht geschädigt wird. Auch kann niemand helfen, wenn Passwörter verloren oder die Festplatte beschädigt wird. Angesichts des verschwenderischen Energieverbrauches der Systeme, den Betrugsmöglichkeiten und der Nutzung digitaler Währungen durch organisierte Kriminalität ist mit einer Regulierung der Digitalwährungen zu rechnen. Die Banken bilden minimale Vorsorge für drohende Kreditrisiken und die Sicherung der Einlagen. Weiterhin werden maximale "Erfolgsvergütungen" gezahlt. Bei der Deutschen Bank belaufen sich diese für das Geschäftsjahr 2020 auf 1.900 Millionen Euro. In ihrem Vergütungsbericht weist das Instiut 684 Personen aus, die Gehälter höher als 1 Million Euro pro Jahr verdienen. Als Reingewinn bleiben 114 Millionen Euro übrig. Das ist eine bedenkliche Bilanz.

Die konzertierten Rettungsaktionen der Regierungen und Notenbanken haben bisher geholfen, Forderungsausfälle bei Banken und ihren Kunden zu vermeiden. Wäre es zu solchen gekommen, wären die Folgen für die Wirtschaft und natürlich für die Kapitalmärkte kaum zu kontrollieren gewesen. Die Inflationsgefahren sind meiner Meinung nach zunächst ein eher ein sekundäres Problem, auf welches ich im Folgenden eingehen möchte.

Deutsche Anleihen (REX-P):

31.12.2020 499,22 Punkte
31.03.2021 494,26 Punkte (-0,99%)

Bis zur Finanzkrise lagen die Aufgaben der Notenbanken darin, Inflation zu verhindern. Nun liegen sie darin, Inflation zu erzeugen und Deflation als Folge von Zahlungsausfällen zu verhindern. Ein positives Inflationsziel von 2% pro Jahr wurde in den letzten 10 Jahren trotz einer extremen Geldpolitik, die sich in immer niedrigeren Zinsen zeigt, nie wieder erreicht. Offensichtlich leben wir in einer krisenanfälligen Wirtschaftswelt, die mit billigem Geld subventioniert werden muss. Die Regierungen springen in die Bresche, um Banken in der Finanzkrise (2009 ff.), um den Euro und die EU (2014 ff.) zu retten und die Weltwirtschaft vor den gravierenden Folgen einer Pandemie (2020 ff.) zu bewahren. Diese permanente Krisenwirtschaft fordert immer höhere Einsätze, die dank günstiger Zinsen – bei hoher Unsicherheit wird wenig investiert (niedrige Nachfrage nach Geld) und viel gespart (hohes Angebot an Geld) – auch günstig refinanziert werden können. Es liegt also kein Mangel an Geld vor, sondern eher an einem Mangel an Gelegenheiten, dieses relativ sicher in einer unsicheren Welt zu investieren. Es wird wenig in die Wirtschaft, aber relativ viel in Kunst, Immobilien, Digitalwährungen, Rohstoffe und auch Aktien investiert. Die Spekulation

nährt die Spekulation. Steigende Vermögenspreise deuten auf einen zunehmenden Wohlstand hin. Im Gegensatz dazu ist eine echte Geldentwertung die Folge von Armut und Mangel an Gütern des täglichen Bedarfs, die in nicht ausreichenden Mengen vorhanden sind. In diesem Stadium befinden wir uns in der westlichen Welt offensichtlich nicht, wenn auch die zunehmende Spreizung zwischen Reich und Arm, Hinweise auf zunehmende soziale Spannungen geben.



Eine aus dem Ruder laufende Inflation können wir in der Türkei beobachten. Die Inflation liegt bei 15% und die Notenbank versucht verzweifelt, die türkische Lira mit 19% Zinsen vor dem bodenlosen Verfall zu bewahren. Sie konnte damit nicht verhindern, dass die türkische Lira gegenüber dem Euro in den vergangenen 10 Jahren 80% an Wert verlor. Wie glücklich wären die Türken, Euro zu besitzen, was ihnen seit Jahren verboten ist. Die Türkei besitzt keine Kreditwürdigkeit mehr. Geld erhält sie nur gegen dingliche Sicherheiten oder Lieferungen von Waren. Importe aus dem Ausland sind wegen des Devisenmangels unerschwinglich geworden. Die Türkei war auf einem guten Weg, ein demokratisch-moderner Staat zu werden, der auch wirtschaftlich eine Bereicherung für die EU hätte sein können. Die Zeiten haben sich geändert. Verfassungen sind nicht unantastbar, siehe auch die jüngsten Ereignisse in den USA oder in osteuropäischen Staaten. Darin liegen die tieferen Gefahren für die betroffenen Gesellschaften.

Vertrauensverluste, Devisenabflüsse, Inflation und hohe Zinsen sind sekundäre Folgen von politischen Entwicklungen, die in der Regel auf Machtübernahmen und Missbrauch derselben zurückgehen.

Europäische Aktien (Euro-Stoxx 50):

31.12.2020 3.552,64 Punkte
31.03.2021 3.919,21 Punkte (+10,32%)

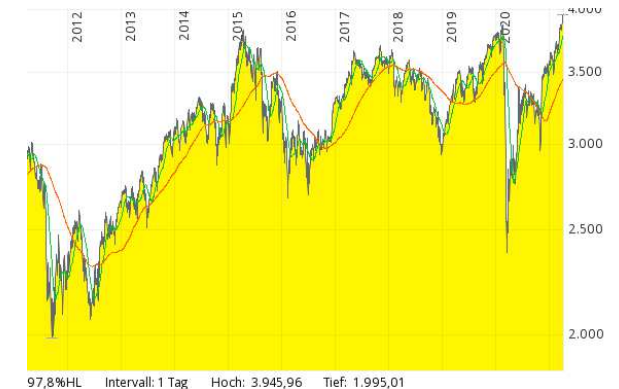
Europa muss sich von seinen Bürgern den Vorwurf gefallen lassen, zu wenig Impfstoffe für die Bevölkerung reserviert zu haben. Obendrein wurde diese Gutmütigkeit von Astra-Zeneca noch schamlos ausgenutzt. Bisher konnten in der EU 90 Millionen Impfungen verabreicht werden. Mit 80 Millionen Impfdosen wurde fast ebensoviel an Drittländer geliefert. Astra-Zeneca hortete 29 Millionen in Italien hergestellte Impfstoffe, die wohl ebenfalls für lukrativere Exporte bestimmt waren. Insgesamt wird die Impfstoff-Kampagne im 2. Quartal mächtig Fahrt aufnehmen. Die Knappheit der Impfstoffe dürfte schon bald überwunden werden.

Mit dem ehemaligen EZB-Chef Mario Draghi bekam Italien einen neuen Ministerpräsidenten. Die österreichische Tageszeitung „Der Standard“ schreibt: „Italien hat nun eine kompetentere und schlagkräftigere Regierung als zuvor. Und eine Regierung auf die sich Europa wird verlassen können.“ Das italienische „Kabinett der Mitte“ besteht überwiegend aus unabhängigen Experten.

Die EU drängt auf international anwendbare Steuerrechte und scheut nicht den Konflikt mit Regierungen und Konzernen. In Luxemburg sind bei der Hälfte der 140.000 registrierten Unternehmen die Rechtsverhältnisse nicht geklärt. Mit dem neuen Transparenzregister soll dieser Misstand behoben werden.

Auch verlieren die in der EU tätigen Konzerne ihr Steuergeheimnis. Sie sind nun verpflichtet, für jedes Land, in dem sie Geschäfte machen, die Höhe der Steuern anzugeben. Dies und andere Maßnahmen - wie die Einführung von Mindeststeuern - sollen verhindern, dass Konzerne Kosten in höher

besteuerten Ländern und Erträge unter der Nutzung von Sonderregelungen in Niedrigsteuerrändern, wie Luxemburg, verlagern.



Europa ist Vorreiter für eine Digitalsteuer, von der man sich nicht nur Steuergerechtigkeit, sondern auch eine Stärkung des stationären Einzelhandels verspricht.

Europa ist mit dem „New Green Deal“ international führend für eine klimaneutrale Wirtschaftspolitik. Mit dem Regierungswechsel in Washington erhält die EU nun weiteren Rückenwind.

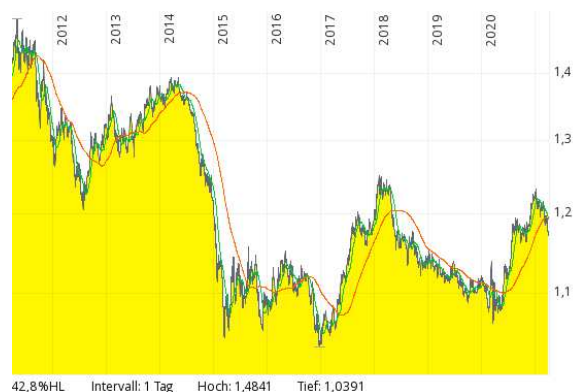
Für eine gedeihliche Entwicklung einer Gesellschaft ist die Stärkung von Frauenrechten und dem Schutz vor Machtmissbrauch eine wichtige Voraussetzung. Es sei daran erinnert, dass in der Schweiz die Frauen erst vor 50 Jahren das Wahlrecht zuerkannt bekamen. Auch die Geschlechtergerechtigkeit ist eine für die EU spezifische Agenda.

EURO versus US-Dollar

31.12.2020 1,2214 US-Dollar
31.03.2021 1,1725 US-Dollar (-3,00%)

Bundeskanzlerin Angela Merkel bringt es auf den Punkt: „Wir müssen alles tun, um den Euro als

wichtige Weltwährung zu platzieren, ohne uns dabei zu überheben.“ Hierzu bedarf es einer Kapitalmarkt- und Bankenunion, wie sie in den Vereinigten Staaten erfolgreich praktiziert wird. Europa hat – den entsprechenden Willen und der Disziplin aller Staaten vorausgesetzt – die Macht und die Substanz, dieses Vorhaben umzusetzen. Europa erzielt Exportüberschüsse und kann sich aus eigener Kraft finanzieren.



Hingegen steigt das US-Handelsbilanzdefizit auf den höchsten Stand seit 2006, wie die Wirtschaftswoche am 07. Januar 2021 schrieb. „Experten verweisen auf den hohen Konsum und eine geringe Sparquote in den USA“ heißt es weiter. Die „America first“ Politik von Donald Trump endete damit in einer Sackgasse. Der Konsumhunger der Amerikaner wird mit teuren Importen gestillt. Die Inflation liegt daher höher als in Europa und die Märkte wittern weitere Gefahren. Die Zinsen von Anleihen in den USA beginnen moderat zu steigen, während die Zinsen in Europa auf einem niedrigen Niveau verharren. Dies führt zunächst wegen der attraktiveren Verzinsung zu einer Aufwertung des USD. Sollte die Inflation schneller als die Zinsen steigen – was zurzeit eine der größten Sorgen der Kapitalmärkte ist – könnte die Weltwährung Nr. 1 an Vertrauen verlieren. Das US-Haushaltsdefizit belief sich im vergangenen Jahr auf knapp 20% gegenüber 8,3% in Europa. An diesen Verhältnissen wird sich auch 2021 wenig ändern. Das von der Bundeskanzlerin Angela Merkel ausgegebene Ziel ist realistisch.

Amerikanische Aktien (S&P 500 Index)

31.12.2020 3.756,07 Punkte
31.03.2021 3.972,89 Punkte (+5,77%)

Die Welt schaute bestürzt am 6. Januar auf die Bilder von der Erstürmung des Kapitols nach Washington. Die schlimmsten Befürchtungen schienen sich für einen Moment lang zu bewahrheiten. Barack Obama brachte die Lage auf den Punkt: „Das ist ein Moment der Schande für die amerikanische Nation“. Das Land mit den höchsten Ausgaben für die nationale Sicherheit hatte bei der Aufgabe versagt, eine Horde daran zu hindern, den Tempel der amerikanischen Demokratie, dem Kapitol, zu erobern. Um Haaresbreite wäre es Donald Trump gelungen, die Bestätigung des amtlichen Wahlergebnisses durch den Senat zu verhindern, um per Notverordnung weiter regieren zu können. Die Unruhen forderten fünf Todesopfer, darunter ein Polizist. Einen Bürgerkrieg vor Augen, schossen die Aktien der Waffenhersteller an diesem denkwürdigen Tag um 17% in die Höhe.

In den folgenden Wochen gelang es den Republikanern nicht, sich von Donald Trump zu distanzieren. Zu groß war die Angst einzelner Abgeordneten und Senatoren, den Zorn des immer noch in der Gunst seiner zahlreichen Anhänger stehenden Ex-Präsidenten auf sich zu ziehen. Eine stolze Partei begab sich zuletzt noch vollständig in die Hände eines unberechenbaren abgewählten Präsidenten.

Das zweite Amtsenthebungsverfahren scheiterte trotz eindeutiger Beweislage an den Stimmen der Republikaner im Senat. Wie wird die amerikanische Geschichte über dieses Ergebnis urteilen?

Donald Trumps Regierungsbilanz war dürrig: Er hinterlässt ein tief gespaltenes Land, mit zerrütteten Finanzen in Staatshaushalt und Handelsbilanz. Die „America first“ Politik ist auf der ganzen Linie gescheitert. Das Ansehen der Amerikaner in der Welt wurde beschädigt und die Erstürmung des Kapitols wurde zu einer demütigenden Blamage vor den Augen der Weltöffentlichkeit. Die Corona-Bilanz mit über 500.000 Toten gehen zu einem großen Teil auf das Konto eines unbelehrbaren Präsidenten.

Am 20. Januar erfolgte die glanzvolle Amtseinführung Joe Bidens als 46. Präsident der Vereinigten Staaten. Die Welt atmete auf. Innerhalb weniger Stunden setzte der neue Präsident 15 Erlasse in Kraft, die wesentliche Teile der Politik seines Vorgängers korrigierten. Sein versprochenes Ziel, 100 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner in den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit zu impfen, wurde schon nach 58 Tagen erreicht. Ende April sollen 90% der Bürgerinnen und Bürger geimpft sein.

Angesichts der strukturell schwierigen Lage am amerikanischen Arbeitsmarkt, schnürten die Demokraten ein 1.900 Milliarden Stützungspaket, von dem 1.400 USD in Form eines „Helikoptergeldes“ an 285 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner direkt ausgezahlt werden. Weitere Billionen-Programme für Infrastruktur, Gesundheit, Soziales, Digitalisierung und Klimaschutz stehen vor der Verabschiedung. Die amerikanische Konjunktur wird damit vermutlich über Jahre hinaus angeschoben werden. Die Börsianer sind begeistert. Die Skeptiker verweisen auf die sich auftürmenden Schulden und auf eine inflationsfördernde Wirkung der zu tätigen Ausgaben.



Die Sozialpolitik ist mangels gewachsener Strukturen überfordert. Es gibt weder eine Passpflicht noch

Einwohnermeldeämter. Leistungen sind an die nicht Daten geschützten Sozialversicherungsnummern gekoppelt. In Kalifornien schätzt man, dass 1/4 der Anträge in betrügerischer Absicht gestellt wurden. Die anstehenden staatlichen Ausgabenprogramme sollen durch die Erhöhung der Unternehmenssteuern von 21 auf 28% finanziert werden. Das dürfte für die Unternehmen zu verkraften sein, hatte doch Donald Trump die Steuern von 35 auf 21% gesenkt. An den windreichen Küsten Amerikas sind bisher nur 7 Windräder in Betrieb. Dies soll sich nun grundlegend ändern. Nun will man binnen 10 Jahren mit Europa gleichziehen und Kapazitäten von 30 Gigawatt ans Netz anschließen.

Zukünftig werden die Regierung und damit der Staat eine entscheidende Einflussgröße in Amerikas Wirtschaft sein. Das ist ein Paradigmenwechsel in einem liberalen Land, das von einer großen Skepsis gegenüber dem Staat geprägt ist. Die Angriffsfläche für die Opposition der Republikaner ist entsprechend groß, obwohl Donald Trump als republikanischer Präsident entscheidend dazu beigetragen hat.

Republikanische Bundesstaaten haben nach den Impferfolgen die Covid-19 Restriktionen wieder aufgehoben. So wird das Basketball Team der Texas Rangers wieder vor 40.000 Zuschauern spielen. Das Gottvertrauen in Amerika ist also weiterhin groß.

Die Bilanz der Amerikaner seit der Finanzkrise im Jahr 2008 fällt wie folgt aus: Das Bruttosozialprodukt stieg um 44%, die Staatsschulden um 180% und die Notenbankbilanz um 830%. Die Kapitalmärkte hat es gefreut. Die Saat ist aufgegangen. Die Bewertungen sind in die Höhe gegangen. Noch vor 5 Jahren lag der Aktienpreis von Microsoft beim 10-fachen des Jahresgewinnes. Heute zahlen die Märkte das 43-fache. Microsoft war bis 2016 eine sehr preiswerte Aktie, die nun teuer geworden ist. Der erfolgreiche und erfahrene US-Investor Jeremy Grantham glaubt, dass amerikanische Aktien 40% überbewertet sind und mahnt zu Vorsicht.

Japanische Aktien (Nikkei-Index)

31.12.2020 27.444,17 Punkte
31.03.2021 29.178,80 Punkte (+6,32%)

Japan hat die Covid-19-Pandemie gut in Schach halten können. Bei einer Einwohnerzahl von 126 Millionen Menschen starben in Japan 9.191 Personen. Deutschland verzeichnete 76.940 Todesfälle bei einer Gesamtbevölkerung von 83 Millionen. In Japan verdankt man diesen Erfolg strengen Auflagen, die in einer kollektivistisch geprägten Gesellschaft mit Disziplin eingehalten werden. Die Wirtschaftsleistung ging mit 4,8% ebenso stark wie in Deutschland zurück. Erst Mitte Februar startete die Impfkampagne in Japan.



Die olympischen Sommerspiele sollen wie geplant in Tokio stattfinden, jedoch ohne ausländische Zuschauer.

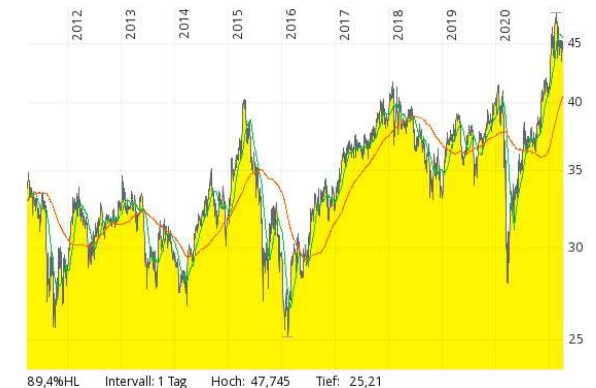
Der Nikkei-Index konnte die 30.000 Punkte-Marke noch nicht nachhaltig überwinden. In Japan kauft die Notenbank neben Anleihen auch Aktien in Form von Index-Fonds.

Aktien China/Schwellenländer (MSCI Emerging Market Index)

31.12.2020 170.169,53 Punkte
31.03.2021 177.014,15 Punkte (+4,02%)

Die dramatischsten Folgen der Covid-19-Pandemie verzeichnen die Schwellenländer. Sie verfügen nicht über genug Substanz und Währungsautonomie, um Kredite für Sozial- und Infrastrukturprogramme finanzieren zu können. In Lateinamerika wütet das

Virus in Ländern wie Brasilien und Mexiko gnadenlos. Neue, gefährlichere Mutationen können in Ländern entstehen, wo Neuinfektionen nicht eingedämmt werden können. Das wiederum betrifft unvermeidlich eine global vernetzte Welt.



Die FAZ schreibt, dass in Asien – insbesondere in China - die Propheten des westlichen Niedergangs Aufwind bekommen. „Der Westen verliere nicht nur seine ideologische, sondern auch seine intellektuelle Vorherrschaft. Das außerordentliche Scheitern in der Bekämpfung der Pandemie in USA und Europa ist hierfür ein Beweis.“ Es wird der Vorwurf der Überbetonung der Rechte gegenüber den Pflichten erhoben. Die wirtschaftliche Emanzipation Asiens schreitet voran. Das Bruttosozialprodukt Asiens wird erstmals in 2021 das der restlichen Welt übertreffen.

Rohstoffe, Energie & Gold

31.12.2020 51,35 US-Dollar (Brent Öl)
31.03.2021 63,66 US-Dollar (+23,97%)

Können Sie sich noch daran erinnern, dass wir vor 12 Monaten einen Ölpreis-Crash erlebten(siehe Preis-Chart)? Nun, ich schrieb damals im Quartalsbericht zum 31.03.2020: „Nun erlebten wir am 09.03. einen Deflationsschock mit einem Einbruch des Ölpreises

von 30%, da sich Russland und Saudi-Arabien nicht auf eine Senkung der Förderquoten einigen konnten. Der Wettbewerb um Marktanteile und das zusätzliche Angebot von US-Öl und Gas enden in einem ruinösen Preiskampf, der nur Verlierer erzeugt. Ohne den drastischen Preisverfall von über 70% in den letzten 10 Jahren wäre die Energie aus erneuerbaren Quellen schon viel früher konkurrenzfähig geworden.“ Nun haben sich Preise von Öl und Aktien im Zuge der Stabilisierung der Wirtschaft wieder erholt. Damit verbessern sich auch wieder die Chancen für alternative Energiequellen. Laut Fraunhofer-Institut kostete die US-Apollo-Mission jährlich 2,5% des US-Bruttosozialprodukts über eine Dauer von 10 Jahren. Das war eine gewaltige finanzielle Anstrengung, die zur Mondlandung 1969 führte. Ist Geld wirklich das Problem, wenn wir als Menschen große Ziele, wie die Klimaneutralität der Wirtschaft anstreben?



Rückblickend stellen die Marktteilnehmer fest, dass Gold erheblichen Schwankungen unterlegen ist. In 2020 stieg der Preis um 28% und fällt um knapp 10% in 2021. Auf Sicht von 10 Jahren gewann Gold lediglich 20% an Wert. Solange es wieder leise Hoffnungen auf steigende Zinsen gibt, scheint Geld auf dem Konto sicherer als das glänzende Metall zu sein. Die Zeiten für Gold könnten wieder besser werden. Das wäre dann der Fall, wenn die Inflation stärker anzieht und Marken jenseits von 4% erreicht. Damit rechnet man zurzeit nicht. Auch Goldanleger brauchen einen langen Atem.

Technik & Innovation

- Das ist kein April-Scherz: Die FAZ berichtete im Anfang des Jahres, dass mit einer bestimmten Menge an Beifütterung von Algen, Rinder kein Methangas mehr ausstoßen. Mit dieser Erkenntnis könnte die Tierhaltung revolutioniert werden.
- Die Grundlagenforschung auch zu den Corona-Impfstoffen findet fast ausschließlich an öffentlichen Universitäten statt. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung stammen zu 41% aus staatlichen Töpfen, 8% steuern Stiftungen bei und 51% kommen aus privaten Töpfen. Es wird kritisch angemerkt, dass Pharmakonzerne erst spät auf fahrende Züge aufspringen und Patentierungen hohe Profite ermöglichen.
- In der EU kommt es zur Gretchen-Frage: Ist die Atomkraft nachhaltig? Frankreich und einige osteuropäische Staaten stellen den Antrag, die Nuklearenergie als nachhaltige Investition einzustufen.

Zitatesammlung

„Ich weiß wie ihr euch fühlt, aber geht nach Hause. Wir lieben euch. Ihr seid etwas ganz besonderes“

07.01.2021: Twitter-Botschaft Donald Trump an seine Anhänger nach dem Sturm auf das Kapitol

„Die verstörenden Bilder aus der letzten Nacht tun weh, aber glücklicherweise ist der Spuk bald vorbei und Licht am Horizont ist zu sehen“

08.01.2021: Anton Börner, Präsident der Deutschen Außenhandelsverbandes in der FAZ

„Ich vergleiche die Corona-Krise mit einem Marathonlauf. Die letzten Meter sind die quälendsten, die Kräfte lassen nach und Müdigkeit tritt ein.“

06.02.2021 Pascal Badziong, CDU-Landtagskandidat Rheinland-Pfalz im RZ-Interview

„Natürlich bieten soziale Netzwerke fantastische Möglichkeiten. Es ist wie mit der Nukleartechnologie. In einem Gramm Plutonium steckt mehr Energie als in 1.000 Tonnen Kohle oder Öl.“

15.02.2021 Risikoforscher Prof. Didier Sornette im „Euro am Sonntag“ Interview zu den Gefahren Sozialer Netzwerke

Redaktion:

Michael Scheidgen
private finance e.K.
Stefan Andres Straße 23
56567 Neuwied
Telefon 02631/953960

Tied Agent (§ 2 Absatz 10 KWG):

Norbert Labonte
Seydlitzstraße 29
23564 Lübeck
Telefon: 0451/70745803

Impressum:

Es handelt sich um die Wiedergabe der persönlichen Meinung des Autors. Trotz sorgfältiger Recherche, kann für die Richtigkeit der Informationen keine Gewähr übernommen werden. Aus dem Inhalt können keine Anlageempfehlungen abgeleitet werden. Diese können nur auf der Basis einer individuellen Beratung erfolgen

Neuwied, 04. April 2021